

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Zugangspreis: vierteljährlich 24 Mark, unter Anrechnung 36 Mark
Eingetragen in die Verzeichnisse. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantwortl. Redakteur: R. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin S. W., Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S. W. 68

Inserentionspreis:
Für Geschäftsanzeigen: die sechsgehaltene Komposition 8 Mark,
Gratulationen die Zeile 6 Mark, für Todesanzeigen die Zeile 4 Mark.

Verbandsmitglieder!

In der 8. Woche stehen die Metallarbeiter Süddeutschlands im Kampf um die Abwehr einer von der Unternehmerorganisation geforderten Verlängerung der tariflichen 46stündigen Arbeitswoche. Unter dem Vorwand, eine Arbeitswoche von 48 Stunden zur vollen Auswirkung zu bringen, soll die Arbeitszeit über das seitherige Maß, das schon lange einen kürzeren Arbeitstag an Sonnabenden anerkennt, ausgedehnt werden. Die Arbeiterschaft erblickt in der Forderung der Unternehmer, die bisher tariflich festgelegte Arbeitszeit zu verlängern, einen Angriff gegen den Achtstundentag. Sie hat den Kampf gegen dieses Verlangen entschlossen aufgenommen und bisher mit Zähigkeit und Opferwilligkeit durchgeführt.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 2. Mai zu diesem Kampfe Stellung genommen. Er erkennt die große Bedeutung dieses Kampfes für die gesamte Arbeiterschaft an und spricht den im Kampfe stehenden Arbeitern seine vollen Sympathien aus. In der Erwartung, daß die Kämpfenden in ihrem Widerstand nicht erschamen, beschließt der Bundesausschuss, die Gewerkschaftsvorstände aufzufordern, ungesäumt alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Kampf in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen und die Bewegung zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Als erste dieser Maßnahmen beschließt der Bundesausschuss, daß die von der letzten Ausschusssitzung für die Dänenhilfe festgesetzten Beiträge von 5 Mk. für jedes männliche und 3 Mk. für jedes weibliche Mitglied, soweit das nicht schon geschehen ist, nunmehr zu erheben und an die Bundeskasse abzuführen sind, um diese Mittel für den süddeutschen Kampf zu verwenden.

Der Vorstand des AD-Gewerkschaftsbundes erklärt zu dieser Entschließung des Bundesausschusses, daß er dieser Solidaritätserklärung in den beiden ersten Abhängen vollinhaltlich zustimmt. Zu der materiellen Unterstützung werde der AD-Gewerkschaftsbund demnächst Stellung nehmen und auch in dieser Frage seine Solidarität bezeugen.

Nach einer WTB-Meldung haben die Arbeiterorganisationen den Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums, die wöchentliche Arbeitszeit zunächst auf 47 Stunden festzusetzen, als eine geeignete Grundlage zur Beilegung der Streitigkeiten anerkannt. Dagegen hat der Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke in Mannheim im Einverständnis mit den bayerischen und württembergischen Metallindustriellenverbänden den Vergleichsvorschlag abgelehnt.

Daraus ist am deutlichsten zu erkennen, daß es sich für die Unternehmer nicht um eine Verständigung, sondern um eine Machtprobe handelt und die Gesamtarbeiterschaft den Metallarbeitern in Süddeutschland weitgehendste Unterstützung zuwenden muß.

Die Summe für die Dänenhilfe, die seinerzeit von unserem Verbande an die Kasse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht mehr abgeführt zu werden brauchte, wird zur Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter ihrem Zwecke zugeführt. Die Extramarken zu 5 Mk. für männliche und 3 Mk. für weibliche Mitglieder werden jetzt hergestellt und den Zahlstellen zur Umlage baldigst zugestellt. Die Extramarken im Pflichtbeitrag, an den die Rechte der Mitglieder gebunden sind. Sie ist auf Seite 60 im Mitgliedsbuch einzufinden. Die Beiträge für die Extramarken sind sofort nach Umsatz der Marken an die Hauptkasse abzuführen. Den Umsatz der Extramarken zu beschleunigen, liegt im Interesse der Sache. Der Verbandsvorstand.

Zum Ergebnis der Delegiertenwahl zum Verbandstag. Der im 10. Wahlkreis gewählte Delegierte Rink und der Ersatzmann Fabian sind beide aus Rathenow, wie nachträglich festgestellt wurde.

Die Internationale der Arbeit.

k. Rom, 29. April 1922.
Genoa und Rom: zwei Tagungen von weltgeschichtlicher Bedeutung. Einige Tage nach dem Beginn der Konferenz von Genoa, am 20. April, wurde in Rom der 3. Internationale Gewerkschaftskongress (Amsterdamer Internationale) eröffnet. In Genoa sind die Staatsmänner der Nationen vertreten, in Rom waren die Vertreter des arbeitenden Volkes, die über 24 Millionen organisierte Arbeiter aus 20 Nationen repräsentierten. Der Kongress hatte einen reichhaltigen Beratungsstoff zu erledigen und hat bedeutungsvolle Beschlüsse gefaßt.

Den ersten Sitzungstag füllten die Eröffnungsformalitäten aus, bei der Thomas eine mit lebhafter Zustimmung aufgenommene Rede hielt und wobei der Kongress Otto Hues ehrend gedachte. Am zweiten Tage wurde eingehend über den Tätigkeitsbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes debattiert. Ferner wurde in Rom erkannt im Namen der deutschen Delegation an, daß der Bericht ein außerordentlich wertvolles Dokument sei, das Aufschluß gebe über die vielseitige und wichtige Arbeit des Internationalen Bureaus. Er hält es für notwendig, daß in Zukunft internationale Aktionen gründlicher vorbereitet werden, damit Mißerfolge wie beim Boykott gegen Ungarn vermieden würden. Der Pole J. W. Ostrowski erklärte, er wolle nicht verkennen, daß die Tätigkeit des Internationalen Bureaus viel zur Stärkung der internationalen Solidarität beigetragen habe; er müßte aber protestieren gegen den von der Internationale im August 1920 gegen Polen verhängten Boykott. Besonders bemerkenswert sind mit Recht aufgenommen wurden die Ausführungen von Dumoulin (Frankreich), der betonte, daß der Internationale Gewerkschaftsbund die Erwartungen erfüllt habe, die auf ihn gesetzt worden seien. Nun sei es gelungen, die französischen und deutschen Arbeiter einander wieder zu nähern. Der Bund sei bemüht gewesen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete im Geiste der Zusammenarbeit aller Völker durchzuführen. Vertreter der Letzten, der Jugoslawen, der Spanier sprachen dem Internationalen Gewerkschaftsbund den Dank für gewährte materielle und moralische Hilfe im Kampfe ihrer Gewerkschaften gegen die Reaktion und gegen bolschewistische Spaltungsversuche aus.

Im Schlußwort ging J. M. A. Amsterdamer auf eine von Dürr (Schweiz) gestellte Anfrage ein, ob es richtig sei, daß der IGB mit der Roten Gewerkschaftsinternationale verhandele. Diese Nachricht entspreche nicht den Tatsachen. Wahr sei vielmehr, daß auf eine Anfrage der norwegischen Landeszentrale hin das Internationale Bureau erklärt habe, es sei jederzeit bereit, mit den wirklichen Vertretern der russischen Gewerkschaften über deren Angliederung an die Amsterdamer Internationale zu verhandeln. Der IGB lehne es aber ab, mit der sogenannten Roten Internationale zu verhandeln, die in Wirklichkeit nicht existiere. Die einzige wirklich geschlossene internationale, proletarische und revolutionäre Macht stelle die Amsterdamer Internationale dar.

Der Tätigkeitsbericht des Internationalen Bureaus wurde einstimmig genehmigt.

Der wichtigste Beratungspunkt war das Referat von Jouhaux (Frankreich) über den Wiederaufbau Europas. Jouhaux betonte, die Wirtschaftspolitik der europäischen Länder müsse eine neue Richtung einschlagen, wenn nicht ganz Europa wieder in mittelalterliche Zustände versinken sollte. Die Arbeiterschaft müsse scharf darüber wachen, daß die Konferenz von Genoa nicht der Ausgangspunkt einer noch größeren Hegemonie des Finanzkapitals werde. Die Arbeiterschaft müsse eine vollständige Revision der Wirtschaftspolitik fordern, die die Regierungen nach dem Kriege betrieben haben. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Völker. Die Verträge müssen nicht hinter den Kulissen, sondern öffentlich abgeschlossen werden und unter der Kontrolle der Arbeiter aller Länder stehen. Die Völker müssen in Zukunft die Diktatur ausüben im Namen der allgemeinen Interessen, im Gegensatz zu der Diktatur der kleinen Gruppen des Finanzkapitals, die heute die Welt beherrschen. Nur auf der Grundlage wirtschaftlicher Gleichberechtigung ist die wahre Freiheit möglich. Dieses Ziel muß durch die Kraft der international vereinigten Arbeiterschaft verwirklicht werden.

Die Ausführungen Jouhaux' nahm der Kongress mit lebhaftem Beifall auf und auch die Diskussionsredner stimmten ihm zu. Leipart (Deutschland) konstatierte mit großer Befriedigung, daß die deutsche Delegation mit der grundsätzlichen Stellungnahme und den sachlichen Ausführungen von Jouhaux vollkommen einverstanden sei. In der deutschen Arbeiterschaft sei die Auffassung allgemein, daß das Ende der deutschen Arbeiter und der Arbeiter der Entente zurückzuführen sei auf die falsche Politik der Entente, einer Politik des Hasses und der Rache, von der die deutschen Arbeiter getroffen werden sollten, in Wirklichkeit aber die Arbeiter aller Länder getroffen wurden. Die deutschen Ge-

werkschaften hätten im Jahre 1921 diese Wirkungen der ungeheuren Reparationsforderungen vorausgesehen und hätten warnend Protest erhoben gegen diese unmöglichen Forderungen. Leipart begründete eingehend eine von der Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Genoa zu dieser Frage aufgestellte Entschließung, die er zur einstimmigen Annahme empfahl. Damit werde zum Ausdruck gebracht, daß auch die Politik des Zwanges und der Gewalt Bankrott gemacht habe. An Stelle dieser Gewaltpolitik müsse in Zukunft eine Politik der Vernunft betrieben werden, eine Politik der Versöhnung, der Menschlichkeit. (Lebhafter Beifall.)

Ben Turner (England) führte aus, daß ohne die Beteiligung Amerikas am Wiederaufbau ein größeres Resultat nicht zu erzielen sein werde. Der Wiederaufbau bedürfe neuer Mittel, es sei nicht möglich, den Wiederaufbau auf der Aneignung der Arbeiter zu fundieren. In England seien zurzeit 2 Millionen Arbeiter arbeitslos und 6-7 Millionen teilweise arbeitslos.

Buozzi (Italien) sagte, die Lage in Italien sei noch schlimmer als in den besiegten Ländern. Wir haben heute 1 Million Arbeitslose und 1/2 Million teilweise Arbeitslose. Die internationale Regelung der Rohstoffverteilung und die Annulierung der Kriegsschulden sind das Fundament für jede Verbesserung der heutigen Lage. (Zustimmung.)

Nach weiteren Ausführungen nahm der Kongress einstimmig die von Leipart empfohlene Entschließung an. Diese sehr ausführlich gehaltene Resolution kennzeichnet die Stellungnahme der internationalen Arbeiterschaft zu unserem heutigen Wirtschaftsleben und erhebt ihre Forderungen für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Die Resolution spricht die einmütige Überzeugung der Arbeiterorganisationen aus, daß die Abrüstung unumgängliche Vorbedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ist. Dieser Wiederaufbau kann nur durch den Frieden gesichert werden und wird nur dann von Wert sein, wenn dadurch endlich Beziehungen zwischen den Völkern hergestellt werden, welche diese in einem gemeinsamen Werk vereinigen, das den durch den Krieg und die neuen Konjunkturlagen geschaffenen Haß zum Schwunden bringt. Aus demselben Grund wendet die Konferenz sich gegen die vom Kapitalismus gemachten Versuche, das zu unternehmende internationale Werk in seinen eigenen Interessen mit Beschlag zu besetzen. Die Arbeiterbewegung kann eine solche Lösung zugunsten des Kapitalismus nicht annehmen. Sie kann auch nicht zulassen, daß die gesamte wirtschaftliche Reorganisation als Vorwand benutzt wird, um die von der Arbeiterklasse errungenen Vorteile zu schmälern und insbesondere die Konvention über den Achttundentag oder die 48-Stunden-Woche abzuändern. Die Arbeiter sind bereit zur Mitarbeit an dem in Genoa begonnenen Werk. Sie wünschen mit aller Kraft, den Frieden zu sichern, das Ende, unter dem die Völker leiden, zu beenden und den höchsten Interessen der Menschheit zu dienen. Sie werden aber unter keinen Umständen zugeben, daß dieser Wiederaufbau ihre Interessen beeinträchtigt und die schon bestehende Notlage noch verschlimmert.

Über die Internationale Reaktion und den Kampf um den Achttundentag referierte der zweite Vizepräsident des IGB, Mercens. Er begründete eine Resolution, die in der Diskussion als nicht scharf genug bezeichnet und einer Kommission überwiesen wurde. Der Kongress nahm dann später, am letzten Verhandlungstag, die von der Kommission vorgelegte Entschließung einstimmig an, nach der der Kongress erklärt, daß die proletarische Organisation sich besonders bekümmert habe bezüglich des Achttundentags, der Löhne und der Sozialgesetzgebung. Der Kongress protestiert gegen das Vorgehen der Reaktion und erklärt, daß infolge des Krieges die Proletarier ein Recht auf Besserung ihrer Lage erworben haben. Er appelliert an die Arbeiter der ganzen Welt, namentlich an die Arbeiter Russlands, Amerikas und der fernen Länder Asiens, um eine proletarische Einheitsfront zu schaffen. Der Kongress beauftragt das Bureau des IGB, sobald als möglich an die Arbeiter der ganzen Welt einen Aufruf in diesem Sinne zu erlassen.

Eine zu dem Punkt „Abrüstung und Krieg gegen den Krieg“ vorgelegte Entschließung wurde nach einem Bericht von J. M. A. ebenfalls einer Kommission überwiesen, die später dem Kongress eine abgeänderte Resolution unterbreitete, die bei Stimmenthaltung der Holländer einstimmig Annahme fand.

Der Kongress erklärt in der Resolution, daß der Kampf gegen Militarismus und Krieg und für den Weltfrieden eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaftsbewegung ist, die sich den Umsturz des kapitalistischen Systems zum Ziel gesetzt hat. Vor allem ist es Pflicht der Gewerkschaftsbewegung, gegen jeden politischen und wirtschaftlichen Nationalismus zu kämpfen, ebenso wie gegen den Absolutismus und die Beherrschung von Bündnissen oder von Vereinarbeitungen, die zu militärischen Aktionen nach gemeinsamem Plan führen können.

Der Kongress erklärt, daß die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Bedrohungen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten...

Neben dieser Resolution nahm der Kongress zwei Resolutionen an, eine an die Fabrikanten der gesamten Welt und eine an die Arbeiter, gegen Militarismus und Krieg für Völkerfrieden und Völkerverständigung.

Zu der Frage der Organisierung der Arbeiterinnen ergriff der Kongress auf eine Resolution, in der er es für dringend notwendig erklärte, daß die Gewerkschaften in allen Ländern der Organisation der weiblichen Arbeitskräfte größte Aufmerksamkeit widmen.

Das Verhältnis zu den internationalen Berufssekretariaten wurde in einer Entschließung festgelegt, in der es heißt: In Ermäßigung der verschiedenen besonderen Situationen der Arbeiterschaft entspricht der Kongress...

Der letzte Verhandlungstag brachte die Wahlen. In das Bureau des IGB wurde als einer der Vizepräsidenten Leppert (Deutschland) neu hineingewählt.

Zum Verhandlungstag.

Zur Finanzierung.

Der Vorsitzende hat in Zukunft die Beitragshöhe festzusetzen. Ich bin sehr froh darüber, daß man sich nunmehr für eine mehr praktische Arbeit erachtet...

Table with 3 columns: Beitragssätze, Standeslohn, Beitrag. It lists rates for different wage brackets from 1-3 M to 21-30 M.

Denn nach Lage der Verhältnisse kann es möglich sein, daß wir für weitaus in Zukunft Lohnbewegungen stehen, so muß auf diesen Verhandlungen die Frage der Finanzen...

Die Eintragung in 10 Klassen wird sich erhalten lassen, denn sollte die Steigerung der Löhne nach überreichlichem Maße geschehen, so verliert sich die unteren Löhne...

Ich bin mir bewußt, daß gewissermaßen ein Stundenlohn herabgesetzt wäre, aber nach Lage der Dinge an allem interessiert, so man nur kann.

Ich bin mir bewußt, daß die Verhandlungsbeiträge zu den Gewerkschaften eine Schwereverpflichtung sind. Aber ich muß jeder Arbeiter ebenfalls verpflichten...

Zu meinen Bericht möchte ich noch folgende Angaben machen: Als Zuschüsse für die Beitragszahlung gehen die 1. und 2. Woche vom Dezember 1. bis 15. Januar, 1. bis 15. April, 1. bis 15. Juni, 1. bis 15. Oktober, innerhalb eines Jahres...

wahlte Form sehr leicht zum Durchführen sein; die Verhandlungen haben innerhalb eines Vierteljahres jederzeit die Möglichkeit auf ihre Frucht betreffende richtiger Aufrechnung zu prüfen...

Frankenthal E. Klement

Schrift einer Entscheidung des Rates der Stadt Leipzig (Gewerbeamte) vom 30. März 1922.

In der Streitsache der Firma C. M. Raumann L.G. in Leipzig-Plagwitz gegen den Betriebsrat dieser Firma darüber, ob der Betrieb der ehemaligen Vereinsbrauerei in Leipzig als selbstständiger Betrieb oder als Nebenbetrieb...

Der Betrieb der ehemaligen Vereinsbrauerei zu Leipzig ist als Nebenbetrieb im Sinne des § 9 Abs. 2 BZG anzusehen, der durch die Betriebsleitung und das Arbeitsverfahren mit der Brauerei Raumann verbunden ist.

In der Begründung zu dieser Entscheidung geht der Rat der Stadt Leipzig von der Entscheidung des Reichsarbeitsrates vom 3. April 1921, abgedruckt im 'Reichsarbeitsblatt', Jahrgang 1, Seite 121, aus.

Wenn das Gewerbeamt von diesem Standpunkt aus dasp gekommen ist, den Betrieb der Vereinsbrauerei als einen Nebenbetrieb zu bezeichnen, so ist dieses falsch. Die Entscheidung des Reichsarbeitsrates dreht sich um einen...

Denn nach Lage der Verhältnisse kann es möglich sein, daß wir für weitaus in Zukunft Lohnbewegungen stehen, so muß auf diesen Verhandlungen die Frage der Finanzen...

Ich bin mir bewußt, daß gewissermaßen ein Stundenlohn herabgesetzt wäre, aber nach Lage der Dinge an allem interessiert, so man nur kann.

Ich bin mir bewußt, daß die Verhandlungsbeiträge zu den Gewerkschaften eine Schwereverpflichtung sind. Aber ich muß jeder Arbeiter ebenfalls verpflichten...

Zu meinen Bericht möchte ich noch folgende Angaben machen: Als Zuschüsse für die Beitragszahlung gehen die 1. und 2. Woche vom Dezember 1. bis 15. Januar, 1. bis 15. April, 1. bis 15. Juni, 1. bis 15. Oktober, innerhalb eines Jahres...

Arbeitsblatt Nr. 10, Seite 381, zu derselben Auffassung, aber aus anderen Gründen. Wenn nur zwei so hervorragende Sachverständige, beide aus verschiedenen Meinungen, zu demselben Endresultat kommen, so ist einmal die Entscheidung des Gewerbeamtes nach zweierlei Richtungen unhaltbar...

Gewerkschaftsjahre.

Von Fritz Friede.

Die Berliner gewerkschaftlichen Organisationen des IGB und des Am-Bundes sind befreit, ihre Bildungsvorbereitungen zu vervollständigen. Bisher bestand als einzige gewerkschaftliche Einrichtung allein die Betriebsräte...

